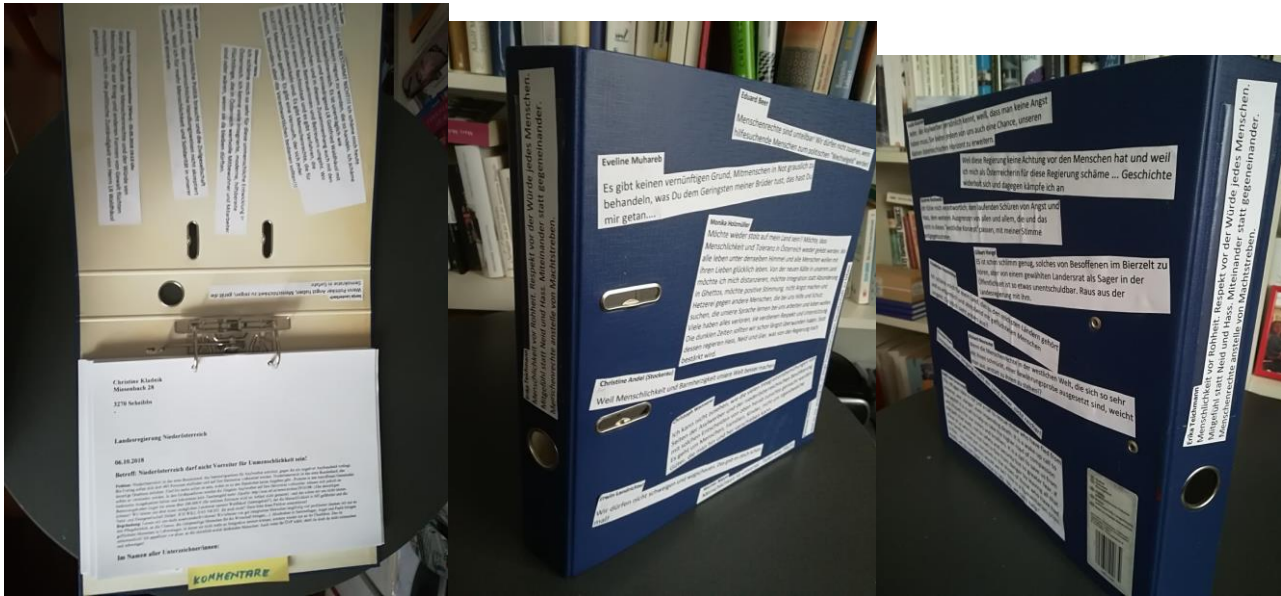


Übergabe der Petition „Niederösterreich darf nicht Vorreiter für Unmenschlichkeit sein“ an LH Mikl-Leitner



Christine Kladnik:

Sehr geehrte Frau Mag. Mikl-Leitner,
danke für die Gelegenheit, Ihnen persönlich die Unterschriften zur Petition „Niederösterreich darf nicht Vorreiter für Unmenschlichkeit sein“ zu übergeben.
Mein Name ist Christine Kladnik, ich lebe in Scheibbs, bin 5-fache Mutter und Sonderpädagogin und arbeite als Professorin an der PH OÖ für das Institut Inklusive Pädagogik. Ich habe die Petition gestartet, als im heurigen Frühjahr von Ihrem Landesrat Waldhäusl die Forderung nach sogenannten Sammellagern für abgelehnte Asylwerbende kam. Ich war und bin entsetzt, mit welcher Menschenverachtung diese Forderung verbunden war und ist. Innerhalb kürzester Zeit haben über 1000 Menschen durch die Unterzeichnung der Petition und in Kommentaren dazu ausgedrückt, dass ich mit diesem Entsetzen nicht alleine bin. Inzwischen hat sich leider gezeigt, dass es sogar noch schlimmer geht, z.B. mit der Forderung nach einem Ausgehverbot für Asylwerber/innen und dass das Kalkül, das hinter den damaligen und weiteren Forderungen und Aussagen von LR Waldhäusl gegen geflüchtete Menschen stecken könnte, nämlich Menschen auseinanderzuidividieren, Ängste zu schüren, Stammtischparolen zu stärken und damit Wähleroptimierung zu betreiben aufgehen könnte – zum Preis einer steigenden Entsolidarisierung unserer Gesellschaft hier in NÖ und weit darüber hinaus. Ich bin heute hier mit 4 Vertreter/innen von Willkommen – Verein zum Finden einer neuen Heimat in Scheibbs, mit denen zusammen viel zur positiven Integration geflüchteter Menschen in unserer Region getan werden konnte.

Johann Pöcksteiner, Dipl.Päd und Obmann des Vereins aus Scheibbs, Dr. Alois Höger, Obmannstellvertreter, Puchenstuben, Erna Kruppl, Pensionistin aus Texing und Doris Neubacher, Studentin. Aber wir stehen auch hier in Vertretung von über 1000 Menschen, die die Petition unterzeichnet haben – ihre Stimmen werden in Form von Kommentaren hier auch übergeben. Wir haben uns gut auf diesen Termin vorbereitet, weil wir Ihnen unsere Anliegen gerne fundiert vorbringen möchten und bitten Sie, bzw. rechnen damit, dass Sie sich dafür die nächsten 20 Minuten Zeit nehmen und uns nach unseren Statements auch Antworten darauf geben.

Johann Pöcksteiner:

Sehr geehrte Landeshauptfrau!

Ich bin Johann Pöcksteiner, der Obmann des Vereins "Willkommen - Verein zum Finden einer neuen Heimat". Seit 2014 gibt es den Verein, wir sind etwa 150 Mitglieder, wir sind in 3 politischen Bezirken und mind. 5 NÖ-Gemeinden tätig. Seit 2013 gebe ich unentgeltlich Deutschunterricht in einem großen Flüchtlingsheim in Puchenstuben an der Mariazeller Bahn.

Von Beruf und meiner Berufung bin ich Dipl. Pädagoge an der Polytechnischen Schule in Scheibbs, ich habe die schöne Aufgabe, junge Menschen auf ihrem Weg in die Lehre zu begleiten. Und wir, d.h. die SchülerInnen, sind dabei fast immer erfolgreich dabei.

Zu meinem Anliegen: Seit der großen Flüchtlingsbewegung 2015 haben sich tausende, ich vermute sogar zehntausende Niederösterreicherinnen (und samt den Leuten, die Kleider, Geld gespendet oder sonst irgendwie mitgewirkt haben) an die 50 000 Leute für die Flüchtlinge engagiert.

Wir, ich zähle mich hier auch dazu, haben Geld, Zeit und uns als Menschen mit all unseren Emotionen eingebracht, haben Freundschaften geknüpft. Und jetzt - bei diesem Landesrat Waldhäusl besonders schlimm - werden abgelehnte Asylwerber einfach aus dem Land geworfen, speziell was Afghanistan betrifft. Wir bleiben mit Trauer und Unverständnis zurück. Ich kenne mittlerweile diese Asylsuchenden recht gut, es sind oft alleinstehende Burschen, junge Männer. Sie sind ohne Familie da, sie sind formbar und anpassungswillig, sind arbeitswillig. Sie müssen in ein terroristisches, lebensbedrohendes Land zurück.

Warum, Frau Landeshauptfrau, finden Sie hier keine MENSCHLICHE Lösung?

Vorschlag:

- Lehrlingswesen (auch für Asylwerber) weiterführen
- abgelehnten Menschen "humanitäres Bleiberecht" gewähren und sie in den Arbeitsprozess eingliedern (Ich denke da auch an Herrn Konrad, von Menschen.Würde.Österreich, der Ihnen bei diesem Vorhaben sicher behilflich ist).

Alois Höger:

Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau,

danke fuer die Einladung und die Möglichkeit, mit Ihnen zu sprechen.

Ich heiße **Alois Höger** und wohne in **Puchenstuben** und erteile dort gemeinsam mit Johann Pöcksteiner Deutschunterricht in der Asylunterkunft Florkogel 7. Unsere Gemeinde kann auf eine **lange Asyltradition** zurückblicken und ist für den hohen Anteil an Asylwerbern bekannt und dafür, dass das Zusammenleben in unserer kleinen Ortschaft seit vielen Jahren anstandslos funktioniert.

Bis vor kurzem war ich bei **Henkel CEE in Wien als Finanzvorstand** für Zentral- und Osteuropa zuständig und konnte im **Mentoring Programm für Asylwerber** des Vereins 'Wirtschaft für Integration' von Christian Konrad viele positive Erfahrungen sammeln.

Aufgrund meines Naheverhältnisses zur Wirtschaft möchte ich zu einem wirtschaftlich-humanitären Thema Stellung nehmen: **Asylwerber und ihr Zugang zum Arbeitsmarkt**. Österreich gibt heuer **2,7 Mrd Euro für Flüchtlinge** aus und es ist legitim zu fordern, dass Teile dieser Mittel über Steuern und Sozialversicherungseiträge von arbeitenden Asylwerbern/innen wieder **zurückfließen**.

Wir unterhalten in unseren Gemeinden **engen Kontakt** zu vielen Asylwerbern/innen und wissen, dass der überwiegende Teil von ihnen genau **das** gerne möchte: **arbeiten**, um damit dem zermürenden Warten auf die Asylentscheidung zu entkommen und gleichzeitig einen Beitrag zu den Integrationausgaben des Staates zu leisten. Die **geltende Rechtslage** erlaubt dies bekanntlich nur in einem sehr eingeschränkten Umfang und die Details dazu sind Ihnen und uns hinlänglich bekannt.

Jüngste Studien belegen, dass Menschen umso leichter integriert werden können, je früher sie in den Arbeitsprozess eintreten. Der Integrationszeitraum steigt überproportional, je länger sie in den Asylunterkünften zur Untätigkeit verurteilt sind und auf ihre Aslybescheide warten.

In Deutschland wurde dies bereits erkannt und der Zutritt zum Arbeitsmarkt wesentlich erleichtert. Die wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich unterscheiden sich nicht wesentlich von unserem Nachbarland, und es spricht nichts dagegen, das deutsche System auch bei zu übernehmen.

Am Wirtschaftsstandort Niederosterreich, vor allem im Industrie- und Mostviertel, werden dringend Arbeitskräfte benoetigt: Fachkräfte, Lehrlinge, Arbeitskräfte in Mangelberufen und Hilfskräfte in Branchen, für die sich keine österreichischen Dienstnehmer finden. Viele Unternehmen in unserer Region umwerben potentielle Arbeitskräfte in Plakataktionen, Zeitungsinseraten und Besuchertagen, und viele Betrieb sprechen sich dafür aus, **den Zutritt von Aslywerbern/innen zum Arbeitsmarkt zu liberalisieren und zu beschleunigen. Wir ersuchen Sie daher, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, eine entsprechende Gesetzesänderung auf Bundesebene zu unterstützen. Der Wirtschaftsstandort Niederösterreich genießt hohes Ansehen, und Sie sind in der Österreichischen Volkspartei gut vernetzt, um dieser Initiative Gewicht zu verleihen!** Wir sind davon überzeugt, dass damit eine sinnvolle Maßnahme für die Wirtschaft und für die Integration gesetzt werden kann.

Zurecht werden am Arbeitsmarkt auch **gute Deutschkenntnisse** gefordert, und ich darf dazu an Frau **Erna Krumpel** übergeben.

Zuvor, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, darf ich noch ein sehr persönliches Wort an Sie richten. Noch nie im Leben habe ich eine andere Partei gewählt, als die Österreichische Volkspartei. Und noch nie zuvor war ich so betroffen über den neuen Stil in der österreichischen Politik, insbesondere über die **Polarisierung, Ausgrenzung, Angstmache und soziale Kälte in der FPÖ!** Ich bin enttäuscht darüber, dass die ÖVP dem nicht entschiedener entgegentritt und sich nicht davon abgrenzt! Als **Landeshauptfrau** sehe ich Sie für das Handeln Ihrer **Landesräte** mitverantwortlich und wünsche mir, dass der Stammtischdiktation des Landesrates Waldhäusl mit aller Bestimmtheit entgegengetreten wird. **Jean Claude Junker** hat es vergangene Woche als Ihr Gast im Palais Niederösterreich treffend formuliert: "**Wir müssen aufstehen, wenn Gefahr von rechts sich ungehindert durchsetzt, wenn stupider Populismus und bornierter Nationalismus einen Marsch in die Zukunft antreten, den man stoppen muss, so lange dazu noch Zeit ist.**"

Erna Krumpl:

Auch ich möchte mich für die Einladung bedanken und die Möglichkeit, mit Ihnen zu sprechen. Ich heiße Erna Krumpel, Pensionistin mit langjähriger Erfahrung in der Sozialarbeit. Ehrenamtliche Mitarbeiterin der Diakonie.

Ich begleite seit ca. 10 Jahren Flüchtlinge in der Gemeinde Texingtal. Ein Teil meine Arbeit bestand in der Mithilfe beim Deutschunterricht. Ich sage bewusst bestand, denn derzeit haben wir keinen Lehrer bzw. Lehrerin und das Land N.Ö. hat die angebotenen Deutschkurse (welche ich sehr begrüßt habe) zu meine große Enttäuschung und Befremdung eingestellt.

Nach wie vor dauert das Asylverfahren 1 bis 2,5 Jahren. Ohne gezielten Deutschunterricht ist dies eine verlorene Zeit.

Dank der großartigen Unterstützung von privaten Personen haben einige junge Männer in St. Pölten Deutschkurse besucht, bzw. einen Hauptschulabschluss gemacht. Diese Förderung hat dazu beigetragen, dass einige junge Männer unmittelbar nach dem sie einen positiven Bescheid bekommen haben, eine Arbeit bzw. eine Lehre gefunden haben, ohne die teure Unterstützung seitens das AMS. Ich appelliere daher dringend an Sie, Frau Landeshauptfrau, die Deutschkurse wieder aufzunehmen. Es ist mir auch ein großes Anliegen, Ihnen Frau Landeshauptfrau, meine Sorge über die politische Entwicklung in N.Ö. und auf Bundesebene kund zu tun. In meiner langjährigen Erfahrung als Flüchtlingshelferin habe ich noch nie so viel Kälte, Unmenschlichkeit, Populismus erlebt als heute. Stoppen Sie die Entwicklung, so lange dazu noch Zeit ist.

Doris Neubacher:

Mein Name ist Doris Neubacher und ich studiere Musikerziehung und Deutsch auf Lehramt. Ich habe meine Erfahrungen mit Flüchtlingen im Zuge eines Chorprojekts gesammelt, welches mich sehr geprägt hat.

Ich möchte Ihnen von einer Flüchtlingsfamilie berichten, die auf grausame Weise den österreichischen Rechtsstaat kennen lernen musste. Die Familie hat ihren zweiten negativen Asylbescheid erhalten. Sie suchten daraufhin noch um Verfahrenshilfe beim Höchstgericht an, welche ihnen auch genehmigt wurde. In der Zwischenzeit wurde der Familie mit 14 Polizisten ein Mandatsbescheid zugestellt wo ihnen gesagt wurde, dass sie sich in ein Abschiebezentrums befinden müssen.

Sie wurden hierbei als Schwerverbrecher hingestellt – 14 Polizisten bei 2 Erwachsenen?? Das Einzige was diese Familie meiner Meinung nach gemacht hat, ist, dass sie sich für sich und ihre Kinder eine sichere Zukunft gewünscht haben.

Ist das Ihrer Meinung nach ein Verbrechen?

Wären wir Unterstützer nicht gewesen, die der Familie stete Hilfe zugesichert haben, würden sie wohl nicht mehr hier sein, weil sie aus purer Verzweiflung und Angst in das Heimatland abgeschoben zu werden, die weitere Flucht angetreten hätten. Vom Höchstgericht wurde aufschiebende Wirkung zugesagt – eine Abschiebung ist somit derzeit nicht möglich. Wie Sie sicher wissen, wird aufschiebende Wirkung dann zugesagt, wenn davon ausgegangen werden kann, dass im Asylverfahren Verfahrensfehler gemacht wurden.

Die Familie ist seit drei Jahren in Österreich, die Kinder sprechen perfekt deutsch, sogar Mundart beherrschen sie bereits. Der Familienvater hat eine Jobzusage in einer Fabrik ganz in der Nähe ihres Wohnortes.

Wie kann ein Staat wie Österreich so kaltherzig agieren?

Im Budgetvoranschlag für die Flüchtlingshilfe wurden Null Euro für "Hilfe für Familien" geplant. Wie kann es sein, dass man 2017 noch über 100.000 benötigt hat und für 2019 Null Euro? Warum werden in NÖ die Flüchtlinge so aufs Abstellgleis gestellt?

Man bekommt das Gefühl, dass Flüchtlinge nicht bei der Integration unterstützt, sondern eher unsichtbar gemacht werden sollen. Woher nehmen wir uns das Recht, Geflüchtete als Menschen zweiter Klasse zu sehen? Sie haben genau die gleichen Wünsche wie Sie und ich – ein Leben ohne Angst.

Christine Kladnik:

Frau Mikl-Leitner, mich interessiert es ganz besonders, wie Sie als christlich-sozial denkender Mensch es aushalten, die Verantwortung für so viel Leid von anderen Menschen zu tragen?

Sie haben die Verantwortung aus meiner Sicht dafür, da Sie ein politisches System unterstützen und teilweise fördern, das für die Ausgrenzung und Abwertung von ganzen Gruppen von Menschen Stimmung macht und diese auch in Gesetzen (z.B. Mindestsicherung,...) proaktiv manifestiert. Zudem erlauben Sie es, dass in Ihrer Landesregierung ein Landesrat Waldhäusl sitzt, der eine Politik der Angstmacherei und Falschinformation betreibt, um daraus politisches Kapital zu schlagen. Offensichtlich fürchtet er (und leider nicht nur er), dass ihm ohne das Thema Migration negativ aufzuladen die Wähler/innen abhandeln kommen.

Ich wünsche mir von einem Menschen in Ihrer Position, dass er in erster Linie die Ressourcen und Chancen im Auge hat, die jeder Mensch im Land bringen kann, wenn man die richtigen Maßnahmen setzt, und dass das höchste Ziel ein gutes Leben für alle in einer solidarischen Gemeinschaft ist.

In dem Ordner, den wir Ihnen hiermit übergeben, finden Sie die Unterschriftenlisten, aber auch alle Kommentare der Unterzeichner/innen der Petition. Wenn Sie sich die Zeit nehmen, diese durchzusehen, werden Sie sehen, dass es sich bei den Unterzeichner/innen um sehr unterschiedliche Menschen aus verschiedenen weltanschaulichen und politischen Richtungen handelt, von der Ordensschwester über christlich-sozial motivierte bis zu sozialdemokratisch und liberal denkende Menschen. Einige besonders starke Aussagen habe ich Ihnen noch als Anhang zum Text unserer „Übergabechoreographie“ herauskopiert. Wenn Sie über die Kommentare schauen, wird Ihnen auffallen, dass 3 Ausdrücke immer wieder und sehr häufig vorkommen, das sind „Menschenrechte“, „Wehret den Anfängen“ und „Scham, bzw. schämen für NÖ/Ö/ die Politik). Das ist sicher ein Grund zum Nachdenken.

Uns alle vereint ein gemeinsames Anliegen, und hier zitiere ich den Petitionsunterzeichner Eduard Beer aus Böhlerwerk - „Menschenrechte sind unteilbar! Wir dürfen nicht zusehen, wenn hilfeschende Menschen zum politischen "Wechselgeld" werden!“